



Fachkräftemangel im Mittelstand – vier Lösungsansätze

Es ist noch nicht lange her, da wurde gerade die mittelständische Wirtschaft bekümmert, mehr auszubilden, um möglichst allen jungen Bewerbern zu einem Ausbildungsplatz zu verhelfen. Die demographischen Fakten haben aber schon seit längerer Zeit erkennen lassen, dass sich dieses Problem umkehren wird: Zu einem allmählich immer drängenderen Problem wird daher heute der Fachkräftengpass – und er wird es auf absehbare Zeit bleiben.

Wir werden älter und weniger: Bis zum Jahr 2030 wird das Potential der erwerbsfähigen Menschen in Deutschland um über 6 Millionen sinken. Im mittelständischen Bereich – in Branchen von der Altenpflege, dem Garten- und Landschaftsbau und in vielen Sparten des Handwerks – wächst die Sorge, in Zukunft qualifiziertes Personal gewinnen zu können. Zwar tragen die Unternehmen vorrangig selbst die Verantwortung für ihren Fachkräftenachwuchs. Aber die Politik ist jetzt gefragt, die Folgen des demographischen Wandels nicht einfach hinzunehmen, sondern sie durch vernünftige (auch gesetzliche) Rahmenbedingungen zu gestalten.

Einen wichtigen Schritt stellt das im Juni von der Bundesregierung beschlossene Konzept der Fachkräftesicherung dar. Erstens: Ältere Arbeitnehmer, junge Menschen und Langzeitarbeitslose stehen im Zentrum des Konzepts, das Maßnahmen wie Weiterbildung gleichermaßen vorsieht wie ein frühzeitig ansetzendes Bildungssystem. Jeder Arbeitslose – ob jung oder alt – der durch Hilfestellungen und Qualifizierung in eine Erwerbstätigkeit vermittelt werden kann, repräsentiert einen doppelten Erfolg: ein Kostgänger weniger für den Sozialstaat und ein produktiver Arbeitnehmer mehr für unsere Volkswirtschaft. Es wäre aber trügerisch, zu glauben, jegliche Arbeitslosigkeit „wegqualifizieren“ zu können – nicht jeder Arbeitslose lässt sich in jede Stelle „hineinqualifizieren“. Trotz einer aktuell sehr er-



Dr. Günter Krings MdB, Stellv. Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Mitglied im Geschäftsführenden MIT-Landesvorstand

freulichen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt werden in Zukunft eine weiterhin nennenswerte Arbeitslosigkeit und Fachkräftemangel zwei parallel existierende Phänomene bleiben.

Wir müssen daher – zweitens – zur Gewinnung von Fachkräften die Zielgruppe der nicht (mehr) berufstätigen Frauen in den Blick nehmen. Viele von ihnen sind hervorragend ausgebildet, haben aber nach einer Familienphase nicht oder nicht zu adäquaten Bedingungen ins Erwerbsleben zurückgefunden. Die Freiheit, die Art der Kinderbetreuung und die Länge der familienbedingten Berufspause zu wählen, muss Kernbestand christlich-demokratischer Politik sein. Durch verbesserte Betreuungsmöglichkeiten für Kinder und familienbewusste Arbeitszeiten im Berufsleben müssen wir diese Wahlfreiheit aber auch tatsächlich herstellen. Die Vereinbarkeit von Erwerbsberuf

und Familie ist heute nicht länger nur ein Anliegen der Familienpolitik, sondern der Wirtschafts- und Mittelstandspolitik.

Ein ungehobener Schatz an qualifizierten Fachkräften stellen – drittens – auch viele ausländische Mitbürger und auch Russlanddeutsche dar, die seit Jahren und dauerhaft bei uns leben, deren ausländische Abschlüsse hier aber nicht anerkannt werden. Wer in einer größeren deutschen Stadt ein größeres Fachkräftepotential erschließen will, kann damit oft schon am örtlichen Taxistand anfangen. Daher hat die christlich-liberale Koalition einen Gesetzentwurf zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen eingebracht. Dieser beinhaltet erstmalig einen Rechtsanspruch auf ein Anerkennungsverfahren für jeden, der über einen ausländischen Abschluss verfügt und ernsthafte Erwerbsabsichten in Deutschland hat.

+++ Termine +++ Termine +++

24.09.2011

u.a. mit Dr. Norbert Röttgen MdB
Der Mittelstand: Verantwortung – Vertrauen – Erfolg
14. Landesdelegiertentagung mit der MIT NRW und Wirtschaftsschau
Ruhrfestspielhaus in Recklinghausen (vcrr)

27.09.2011

mit Dr. Peter Heinacher (RWE),
P. Rumstadt (Evonik), Dr. A. Loske (VIK)
und I. Grünhagen (enervie)
Wirtschaften in Zeiten der Energiewende
5. Dortmunder MIT-Forum
Dortmunder Volksbank, 19.00 Uhr

Viele weitere Termine finden Sie auf unseren Internetseiten www.mit-nrw.de.

+++ Termine +++ Termine +++

Fortsetzung von Seite 1

Bewusst als vierten und letzten Baustein nenne ich eine Zuwanderung von ausländischen Fachkräften mit Augenmaß. Dieser Lösungsansatz ist natürlich verlockend. Wollen doch Millionen von Menschen aus Osteuropa, Afrika und anderswoher gerne bei uns leben und arbeiten. Aber die Erfahrungen aus der Gastarbeiterzuwanderung der sechziger und siebziger Jahre haben uns gezeigt: Wir riefen Arbeiter, aber es kamen (natürlich!) Menschen. Diese brachten über kurz oder lang ihre Familien mit – und bis heute erleben wir durch verwandtschaftlichen Zuzug die Folgen dieses seinerzeitigen Missverständnisses. Gemeinsam mit unserem auch heute noch relativ liberalen Flüchtlings- und Aufenthaltsrechts haben wir bislang daher vornehmlich Zuwanderung in unsere Sozialsysteme erleben müssen. Wir sollten aus den Erfahrungen lernen und Zuwanderung heute intelligent steuern – und auf die Bedürfnisse des deutschen Arbeitsmarktes zuschneiden. Der Staat sollte nicht dem Irrglauben verfallen, er wisse besser als die Unternehmer, welche Zuwanderung die richtige sei. Daher darf die Bindung einer Einreise an ein ganz konkretes

Arbeitsverhältnis, das der Zuwanderer aufnehmen will, nur in besonderen Ausnahmefällen gelockert werden. Denn geglättete Zuwanderung setzt Integration voraus – und die schaffe ich nicht auf dem Arbeitsamt, sondern an einem tatsächlichen Arbeitsplatz. Allerdings darf die Vorrangprüfung zugunsten deutscher Arbeitnehmer nicht dazu führen, dass die bürokratischen Hürden für eine ausländische Fachkraft zu hoch werden. Hier muss künftig eine gesetzliche Fiktion gelten: Meldet sich das Arbeitsamt in wenigen Wochen nicht, muss der Weg für den ausländischen Arbeitnehmer frei sein.

Nicht minder wichtig ist aber, dass die Arbeitgeber vorausschauend planen und selbst zur Fachkräftegewinnung im Ausland aktiv werden. Dies gilt zunächst für die EU-Mitgliedstaaten, da wir heute einen europäischen Arbeitsmarkt haben – die Arbeitnehmerfreizügigkeit gilt seit dem 1. Mai 2011 für fast alle EU-Staaten. Aber auch für Drittstaaten gilt: Die Gesetzeslage ist die geringste Hürde, denn die Zuwanderung in einen konkreten Arbeitsplatz ist schon heute nahezu umfassend möglich – übrigens auch unabhängig von jeglichen starren Gehalts-

untergrenzen, wie etwa die öffentlich oft fälschlich genannten 66.000 €! Allerdings konkurrieren unsere Unternehmen mit Unternehmen aus anderen Ländern um die besten Zuwanderer. Wer also „billige und willige“ Zuwanderer erwartet, wird enttäuscht werden. Wenn wir ehrlich sind, werden deutsche Unternehmen vielleicht sogar etwas mehr zahlen müssen als ihre Konkurrenten in englischsprachigen Ländern, die die besten Fachkräfte mit einer geringeren Sprachbarriere locken. Nötig ist daher ein aktives Anwerbe-Marketing im Ausland. Großunternehmen können hier sicherlich eigene Rekrutierungsbüros eröffnen, die mittelständische Wirtschaft aber muss sich zu dieser Aufgabe zusammenschließen. Da die besondere Stärke unserer Volkswirtschaft im Mittelstand liegt, sollte der Staat auch beim Thema Fachkräftegewinnung den Arbeitgebern in diesem Sinne vor allem praktische Hilfestellungen geben. Ein trügerisches und gefährliches Versprechen wäre es hingegen, wenn wir behaupteten, wir könnten das Problem per (Zuwanderungs-)Gesetz aus der Welt schaffen.

Die Energiewende: Programm für den Mittelstand

Vor wenigen Wochen hat der Deutsche Bundestag in einem breiten, parteiübergreifenden Konsens die Energiewende beschlossen. Ohne Zweifel kann diese Entscheidung in zweifacher Hinsicht als historisch bezeichnet werden: Wir haben damit endgültig den Aufbruch in ein neues Energie-Zeitalter eingeläutet und wir haben diesen Beschluss in einem breiten Konsens aller demokratischen Parteien gefasst und damit einen jahrzehntelangen, erbittert geführten gesellschaftlichen Streit um die Energiepolitik in unserem Land beendet. Zugleich ist die Energiewende ein eindrucksvoller Beweis dafür, dass Ökonomie und Ökologie keine Gegensätze sind. Ich halte die Energiewende aus ethischen und ökologischen Gründen für richtig. Sie ist aber aus meiner Sicht auch wirtschaftlich vernünftig, weil sie immense Wachstumschancen für die Wirtschaft birgt – und zwar gerade für den Mittelstand. Nachhaltig – dezentral – technologiebasiert: So wird die Energieversorgung der Zukunft in Deutschland aussehen. Wir werden als führendes In-



Dr. Norbert Röttgen MdL, CDU-Landesvorsitzender, hier mit unserem Landesvorsitzenden, Hartmut Schauerte

dustrieland weiterhin große Energieversorgungsunternehmen brauchen. Aber es werden sich sehr viel mehr Mittelständler in diesem Bereich engagieren. Um die Energiewende erfolgreich umzusetzen, brauchen wir das Know-how und die Kreativität deutscher Ingenieure, unserer Produktionsbetriebe und Handwerker. Es geht darum, die Energieimporte durch he-

mische Wertschöpfung zu ersetzen, Arbeitsplätze und neue Exportartikel für unser Land zu schaffen. Deutschland ist Weltmarktführer auf dem Gebiet der Umwelttechnologien – derzeit mit einem Anteil von 16 %, das sind 224 Milliarden Euro. Schon heute sind fast zwei Millionen Erwerbstätige in „Green Jobs“ beschäftigt, das sind 4,8 % aller Erwerbstätigen – davon alleine 370.000 im Bereich der erneuerbaren Energien. Das Weltmarktvolumen beträgt derzeit 1,5 Billionen Euro und wird in den nächsten zehn Jahren auf über 3 Billionen Euro anwachsen. Nach jüngsten Analysen hat das Stellenangebot in der Energie- und Umwelttechnologien allein gegenüber dem letzten Jahr (!) um 9 % zugelegt – Tendenz steigend. Diese wenigen Zahlen machen deutlich: Die Energiewende schafft einen riesigen Markt mit einer großen Chance für ein gesundes und nachhaltiges Wirtschaftswachstum in Deutschland und Nordrhein-Westfalen – gerade für den Mittelstand. Diese Chance gilt es nun zu nutzen.

Aus dem Landesverband

Immobilienbranche und MIT auf einer Linie

Im Rahmen der Hintergrundgespräche mit Verbänden und anderen Vertretern der Wirtschaft traf sich ein kleiner Kreis von Vertretern der Immobilienbranche und der Politik im Heinrich-Köppler-Haus, der Landesgeschäftsstelle der MIT NRW. Mit dabei waren unter anderem der Immobilienverband Deutschland (IVD), der Verband Nordrhein-Westfälischer Immobilienverwalter VNWI, der Bundesverband freier Wohnungs- und Immobilienunternehmen BfW und natürlich die Spitze von Haus & Grund Nordrhein-Westfalen. Seitens der Politik waren Thomas Jarzombek MdB als Mitglied im Bundestagsausschusses für Bauen, Verkehr und Stadtentwicklung, Hans-Dieter Clauser MdL für den entsprechenden Landtagsausschuss und natürlich Hartmut Schauerte als MIT-Landesvorsitzender mit dabei.

Themen waren unter anderem die Gebäudesanierungsprogramme, die Reform der Grundsteuer, die Anforderungen der KfW-Kreditmittelvergabe und auch die Auswirkungen der Grunderwerbssteuererhöhung der Landesregierung. Die Gespräche zeigten, dass in den Verbänden eine große Verunsicherung vor allem gegenüber den landespolitischen Maßnahmen der Minderheitsregierung besteht. Am Beispiel der Grunderwerbssteuer machte Hartmut Schauerte die Dimension der Belastungspolitik von Rot-Rot-Grün in Düsseldorf deutlich: „Diese Politik löst auch soziale Belastungen aus, so zum Beispiel



Von links: Hans-Dieter Clauser MdL, Alexander Geischer (Geschäftsführer IVD West.), Falk Kievelip (Geschäftsführer BfW), Dr. M. Casser (Vorsitzender VNWI), Prof. Dr. Peter Rasche (Vorsitzender Haus&Grund NRW), Erick Uwe Amaya (Verbandsdirektor Haus&Grund NRW), Hartmut Schauerte und Klaus Gravemann

wenn jemand sein Häuschen und seinen Grundbesitz als Alterssicherung betrachtet. Es trifft die kleinen Leute, wenn die Landesregierung die Grunderwerbssteuer um 40 % erhöht und beim Verkauf des Häuschens 12.500 Euro (5 %/Wert: 250.000 Euro) Grunderwerbssteuer anfallen. 12.500 Euro, die weniger vom Käufer zu erzielen sind und die dann beim Kauf zum Beispiel einer behindertengerechten Wohnung fehlen.“

Falk Kievelip vom BfW ergänzte hierzu, dass dies auch unter Umweltschutzaspekten undurchdacht sei. Hohe Verkaufsnebenkosten führen in einer flexiblen Arbeitswelt tendenziell zu immer weiteren Pendlerstrecken, da das Abstoßen des Hauses oder der Wohnung unwirtschaftlich ist und man den neuen Job trotzdem übernehmen will und muss: „Mobilität bedeutet halt auch immer Ressourcenverbrauch und Umweltbelastung.“

MIT Hattingen

Aschermittwochs-Fischessen von MIT und Frauen Union

Erstmals veranstalteten Frauen-Union und Mittelstandsvereinigung in Hattingen ihr Aschermittwochs-Fischessen gemeinsam. Lutz Lienenkämper, Stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion und Vorsitzender des Parlamentskreises Mittelstand sprach vor über 60 Anwesenden zum Thema „Stadtentwicklung der Zukunft – Lebenswerte Städte mit hoher Aufenthaltsqualität“. Doch bevor Lienenkämper zum eigentlichen Thema kam, nutzte er den Brauch des politischen Aschermittwoch, um den politischen Gegner zu attackieren: Ihm ist es völlig unverständlich, dass die SPD im Landtag mit Neuwahlen droht, wenn die CDU erneut ihr Oppositionsrecht wahrnimmt

und gegen den Haushalt 2011 vor Gericht geht. Dieselbe SPD nimmt aber selbst auch die gerichtliche Klärungsvariante im Fall des Atomausstiegs wahr. Eine so unterschiedliche Wahrnehmung der Rechte als Opposition sei schon bemerkenswert und nicht nachvollziehbar.

Aber Lienenkämper äußerte sich auch positiv, dass er die Chancen bei einer Neuwahl für die CDU für gar nicht schlecht hält. Es ergebe sich die Möglichkeit, dem Wähler im Wahlkampf die eigene Sicht der Dinge plausibel zu machen und die Lastenverteilung zu Ungunsten unserer Kinder- und Enkel-Generation besser darzustellen. Dies könne die Position der CDU stärken. Der

jetzige Zustand einer handlungsunfähigen Minderheitsregierung sei auf jeden Fall für Land und Leute unerfreulich. Er zeigte zum Thema Stadtentwicklung an einigen Beispielen auf, wie Städte im Rahmen unterschiedlicher Förderprogramme Mittel zur Stadtentwicklung eingesetzt haben. Bemerkenswert ist hier der Paradigmenwechsel der jetzigen Landesregierung in der Förderung von Wohneigentum. Die CDU geführte Landesregierung hat Klein- und Mittelverdiener im Erwerb von Wohneigentum wesentlich gestärkt. Diese Mittel sind jetzt gestrichen worden. Ob das den sozialen Gedanken trägt, mag jeder selbst entscheiden.

MIT Paderborn

Hubertus Knabe warnt vor „Honeckers Erben“

Über 100 Mitglieder der Mittelstandsvereinigung der CDU im Kreisverband Paderborn ließen sich auch vor bedrohlichen Gewitterwolken nicht abschrecken, am MIT-Sommergespräch über den Dächern Paderborns im „Arosa-Forum“ teilzunehmen. Auf der mediterran angelegten Terrasse diskutierte man mit Hubertus Knabe zum Thema „Honeckers Erben. Die Wahrheit über die LINKE“. Knabe ist wissenschaftlicher Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen im ehemaligen zentralen Untersuchungsgefängnis der Staatssicherheit. In seiner Begrüßung präsentierte der MIT-Kreisvorsitzende Friedhelm Koch den Mittelständlern zunächst noch einmal die aktuelle Unterschriftenaktion gegen die dauerhafte Finanzierung überschuldeter EU-Länder „Keine Transfer-Union durch die Hintertür“ und erntete in „gelebter“ Kooperation mit dem heimischen Bundestagsabgeordneten Dr. Carsten Linnemann großen Applaus für seine Tage zuvor geäußerte kritische Meinung zum Thema Rettungsschirm für Griechenland und dem damit einhergehenden „Nein“ zur Haltung der Bundeskanzlerin. Koch stellte fest, dass seit der Landtagswahl 2010 auch das Schicksal von NRW zu einem wesentlichen Teil in den Händen der SED-Nachfolgepartei „DIE LINKE“ liege. Knabe legte in seinem Vortrag großen Wert auf die Darstellung der Historie der heutigen Partei „DIE LINKE“

und unterstrich dabei, dass es sich im Kern strukturell und ideell immer noch um die alte SED handele, die seinerzeit von Ulbricht gegründet wurde. „Das allseits bekannte Gedankengut, was zum Unrechtsstaat der DDR geführt hat, lebt in dieser Partei weiter“, so Knabe.

Diese Gesinnung sei alles andere als demokratisch und sozial, denn im Hintergrund würden die Fäden immer noch von den alten Funktionären und deren Nachfolgern gelenkt. Es sei eine „große Lüge der

Geschichte“, dass „DIE LINKE“ 2007 als „neue Partei“ gegründet worden sei. Die „wirren Versprechen“, die diese Partei heute äußere, seien leicht zu machen, aber unmöglich zu realisieren. Im Grunde verfolge „DIE LINKE“ immer noch die politischen Ziele, die schon zum Kollaps der DDR geführt haben. Vor diesem Hintergrund mahnte der Historiker die Mittelständler abschließend zu absoluter Wachsamkeit, wenn es um Versprechen in politischen Programmen gehe. Denn „wenn eine Partei demokratisch gewählt wird, muss ihr Handeln längst noch nicht demokratisch sein“, so Hubertus Knabe.



Von links: Daniel Sieveke MdL, Ulrich Lange, Hubertus Knabe, Friedhelm Koch, Michael Magh und Dr. Carsten Linnemann MdB.

Aus dem Landesverband

Händler aufgepasst!

Interessante Diskussionen mit Fachleuten und aktuelle Informationen über alles, was Auswirkungen auf den Handel in NRW und von NRW aus zu tun hat, das gibt es bei der AG Handel der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung.

Der Landesarbeitskreis, der von Jörg Hamel geführt wird hat in den letzten Sitzung unter anderem über die von der MIT angeregten und später von Schwarz-Gelb ermöglichten Immobilien

Standortgemeinschaften (ISGen) gesprochen sowie über das Thema Ladenöffnungszeiten, bei dem die Minderheitsregierung nun auf



Jörg Hamel, Geschäftsführer des Einzelhandelsverbandes Köln-Düren e.V. leitet die AG Handel der MIT NRW

dem Weg ist, das Rad wieder zurückzudrehen. Auch eine Aufgabe der Arbeitsgemeinschaft ist es, den direkten Draht zu den Einzelhandels- und Großhandelsverbänden sowie zu den Unternehmen direkt zu halten. Ein Netzwerk, welches die MIT kontinuierlich ausbaut – in einer Klientel, die politisch leider viel zu oft aus dem Blick gerät. Der „ehrbare Kaufmann“ sollte hier viel öfter gehört werden und sich auch aktiv einmischen. Bei Interesse

einfach ein Mail an info@mit-nrw.de senden oder kurz in unserer Landesgeschäftsstelle anrufen.

MIT Monheim

Mittelstand lässt Monheim blühen

„Ich kann nur sagen, die Herren haben große Kreativität gezeigt im Anlegen der Beete“, so MIT-Vize-Vorsitzende Gabi Hackel über die Aktion der MIT Monheim unter dem Titel „Monheim blüht auf“, die die Mittelständler gestartet haben. So wurde unter anderem der Kreisel in Baumberg komplett bepflanzt. Eine tolle Aktion in Sachen Standortaufwertung und Stadtverschönerung der MIT Monheim, die fortgeführt wird und die viele Unterstützer gebrauchen kann.

**Noch mehr Informationen,
rund um die Uhr,
finden Sie im Internet unter
www.mit-nrw.de.**



MIT Ennepe-Ruhr-Kreis und Hagen

Sind Banken und Managergehälter moralisch?

Fast 100 Gäste aus Handwerk, Unternehmen, Selbstständigen und den Freien Berufen waren gekommen, um mit Prof. Dr. Klaus Steigleder von der Ruhruni Bochum zum Thema „Warum eigentlich Wirtschaftsethik?“ zu diskutieren. Viele bekamen ihr „Fett weg“, insbesondere die Ideologen einer globalen Deregulierung oder einer unbegrenzten Gestaltbarkeit der Märkte. Die Veranstalter Dr. Hans-Joachim Lauber, Vorsitzender der MIT Ennepe-Ruhr und Christoph Purps, Vorsitzender der MIT-Hagen, freuten sich über den großen Zuspruch aus der regionalen Wirtschaft im Rittersaal von Haus Herbede. Es war ein spannender, anspruchsvoller Exkurs von den Grundlagen der Ethik, über die Wirtschaftsethik zu den Antworten auf die Frage: Welche Aufgabe übernimmt die Wirt-

schaftsethik? Ist sie gar ein „Modebegriff“ oder ein „Totschlagargument“? Steigleder fesselte die Zuhörer mit der theoretischen Tiefe seines Vortrages. War die Frage nach der Moral bei der Produktion von „Tretminen“ noch relativ einfach zu beantworten, so zeigten sich doch in der Beurteilung des Risikomanagements von Banken unterschiedliche Ansätze aus dem Blickwinkel einer Unternehmensethik und der Wirtschaftsethik im engeren Sinn. Wirtschaftsethik sei weder ein Orakel noch eine Art Feuerwehr. Als wissenschaftliche Disziplin sei sie langsam, strebe nach Kompetenz und Einsichten und müsse durch die Gesellschaft ermöglicht werden. Ob die Politik der richtige Adressat für diese hohen moralischen Ansprüche ist, mag gerade nach den vergangenen politischen Entwicklungen kritisch



Von links: Dr. Joachim Lauber, Prof. Dr. Klaus Steigleder und Prof. Dr. Clemens Störtkuhl

gesehen werden; die Wirtschaftsethik hat eine hohe ethische Relevanz für die Bürger, die Experten und für die Gesellschaft. Keinesfalls dürfe Wirtschaftsethik zum Werkzeug von Dilletanten und Ideologen werden. Schon gar nicht darf sie ein Mittel der „Machtlosen“ sein: Hier liegt die Gefahr des Missbrauchs des Wertebegriffs „Ethik“ sehr nahe.

MIT Herford

MIT will neue Gewerbeflächen

„Wie geht es weiter im Wittekindskreis?“ war die Frage, die die MIT Herford auf der Burg Vlotho im Rahmen einer Gesprächsrunde, genannte „Zukunftskonferenz“, klären wollte. Die Teilnehmer sammelten Ideen, die sie in die Zusammenarbeit mit der Zukunftskommission der Initiative Wirtschaftsstandort Kreis Herford (IWHK) einbringen möchten. So wurde die Vision entwickelt, aus dem in drei Jahren frei werdenden Kasernengelände in Herford ein Handwerkstechnologiezentrum zu machen. „Außerdem sollte es im Kreisgebiet zusätzliche Flächen für Neuansiedlungen von Gewerbe geben“, sagte Vorsitzender Fritz Elbracht. „Die Neuansiedlung von Branchen etwa im Kunststoffbereich gilt es zu unterstützen.“ Weiterhin sei es nötig, die Kommunen stärker in die Zukunftsplanung mit einzubeziehen und verstärkt nach außen als Wittekindskreis zu agieren.

Alexander Elbracht kündigte eine weitere Gesprächsrunde an, in der das handlungsorientierte Konzept weiter ausgearbeitet werden soll. Am Rande der Tagung wurde mit Wolfgang Kretschmann von der Bürgerinitiative Bürger für Her-

ford über das Thema Dichtheitsprüfung gesprochen. Er stellte sich den Fragen der MIT-Mitglieder. Diese befürchteten finanzielle Belastungen für Betriebe – eine Angst, die ihnen Kretschmann nicht nehmen konnte: „Egal, ob ein Betrieb oder ein Privathaushalt getestet wird: Die Kosten hängen von der Länge des Kanals ab.“



Von links: Claus Naß, Joachim Störmer, Alexander Elbracht und Referent Wolfgang Kretschmann. Foto: Heike Pabst

Aus dem Landesverband

MIT NRW goes facebook

„Der klassische Mittelständler geht stets und vorbehaltlos mit der Zeit!“ so schätzten unsere MIT-Landesvorstandsmitglieder Nicole Molinari (KV Solingen) und Klaus-Dieter Leßmann (KV Höxter), ihre MIT-Kollegen und Kolleginnen ein und gründeten Mitte Mai kurzerhand die geschlossene Gruppe „MIT NRW“ beim sozialen Netzwerk facebook. Die Mitgliederzahlen wuchsen rasch, die Beiträge spiegeln den Bedarf der Mitglieder wieder: Es werden Einladungen gepostet, Hinweise aus Presseartikeln und vornehmlich wird inhaltlich diskutiert. Augenblicklich koordinieren die beiden Initiatoren knapp 200 Mitglieder. „Wir wollen weiter wachsen und unsere Präsenz ausbauen!“, so Nicole Molinari. Denn eine solche Gruppe, die moderne Variante von Stammtischgesprächen, diene nicht nur dem Netzwerkaufbau und der -pflege. „Viele Mittelständler haben keine Zeit, sich in der MIT konsequent und langfristig zu engagieren oder im Vorstand mitzuwirken, aber für einen kleinen Besuch in der facebook-Gruppe reicht es oft aus“, ergänzt Klaus-Dieter Leßmann. Hier wollen die beiden ansetzen und punktuelles Engagement, knappe Infos und Anregungen bündeln. Mehr Infos – auch Tipps zum Schutz der Privatsphäre innerhalb sozialer Netzwerke – erhalten Sie im direkten Kontakt: Nicole Molinari (nicole.molinari@mit-nrw.de), Klaus-Dieter Leßmann (klaus-dieter.lessmann@mit-nrw.de)

MIT Aachen

Zukunft der Energie – Energien der Zukunft

Dies war das Thema beim diesjährigen MIT-Gespräch im Aachener Lenné-Pavillion. Als hochkarätige Gesprächspartner hatte die MIT Aachen Herbert Reul MdEP, Vorsitzender des Ausschusses Industrie, Forschung und Energie im europäischen Parlament, Sven Becker, Sprecher der Geschäftsführung der TRAINEL GmbH, Professor Dr.-Ing. Harald Bolt, Mitglied des Vorstandes des Forschungszentrums Jülich, Professor Jürgen-Friedrich Hake, Institut für Energie- und Klimaforschung am Forschungszentrum Jülich, Mitglied des Beirates von Energy Hills, und natürlich den Stellvertretenden Landesvorsitzenden der MIT NRW und Vorsitzenden der Kommission Energie und Umwelt der MIT Deutschlands, Dieter Bischoff, gewinnen können. Inhalte der Diskussion waren natürlich die energiepolitischen Positionen der CDU, aber auch die Analysen der Wissenschaft, die Forderungen der Wirtschaft und die Beschlüsse der MIT (siehe Infokasten) dazu.



Expertendiskussion zur Energiepolitik bei der MIT Aachen

Foto: Kurt Bauer

Für eine zukunftsorientierte Energiepolitik

Am 29. April 2011 hat der MIT-Bundesvorstand eine Resolution zur Neujustierung der Deutschen Energiepolitik vor dem Hintergrund der Katastrophe von Fukushima beschlossen. Fünf Kernaussagen der MIT sind hierin formuliert:

1. Durch ein übereiltes Abschalten von Kernkraftwerken droht Deutschland zum Stromimporteure, insbesondere Atomstromimporteure, zu werden.
2. Wenn Deutschland die größte CO₂ freie Energieart abschaltet, wird das Auswirkungen auf die Klimaschutzziele haben.
3. Mit dem Umbau auf erneuerbare Energien ist ein größerer Netzausbau erforderlich. Die Dena spricht von 3.500 Kilometern. Das ist mit großen Akzeptanzproblemen in der Öffentlichkeit verbunden.
4. Der Strompreis wird sich zwangsläufig aufgrund der enormen Investitionen verteuern. Das darf die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft nicht in Frage stellen.
5. Grundsätzlich ist eine europäische Lösung anzustreben. Denn ein Alleingang Deutschlands ohne ein energiepolitisches Gesamtkonzept auf europäischer Ebene wird dem Grundanliegen – nämlich eine sichere und preiswerte Energieversorgung im Rahmen eines ausgewogenen und nachhaltigen Energiemixes – nicht gerecht. Es ist wenig geholfen, wenn Deutschland seine vergleichsweise sicheren Kernkraftwerke abschaltet und gleichzeitig die Produktion in den Kernkraftwerken der Nachbarländer hochgefahren wird, um Deutschlands Energiebedarf zu decken.

MIT Lohmar

Kommunale Energieversorgung in der Zukunft

In den nächsten Jahren laufen in Lohmar die Konzessionsverträge für Strom bzw. Gas aus, mit denen einem Energieversorger das Recht eingeräumt wird, öffentliche Wege für Versorgungsleitungen zu nutzen. Gegenwärtig ist ein Trend zur Rekommunalisierung zu beobachten. Um in diesem komplexen Thema ein wenig sachkundiger zu werden, hatten die Stadtverbände der CDU und

der MIT Lohmar zu einer Vortragsveranstaltung zum Thema „Kommunale Energieversorgung in der Zukunft“ eingeladen. Als fachkundiger Referent konnte der Geschäftsführer der Kreis-Energie-Versorgung-Schleiden GmbH, Dipl.-Ing. Dieter Hinze gewonnen werden. Er schlug in seinem Vortrag einen großen Bogen von der globalisierten bis zur kommunalen Ener-

gieversorgung und zeigte die technisch und auch rechtlich verschlungenen Wege der Energie vom Rohstoff bis zum Versorger auf, nannte Chancen und Risiken einer Rekommunalisierung. Dass CDU und MIT das richtige Thema gewählt hatten, zeigten neben einem voll besetzten Haus viele sachkundige Fragen aus der interessierten Zuhörerschaft.

Personen/Vorstände

Petra Stegemann neue Vorsitzende in Rhein-Erft

Petra Stegemann löst Markus Quetting als Vorsitzenden im Rhein-Erft-Kreis ab. Einstimmig wählte die Mitgliederversammlung Stegemann in der Europäischen Fachhochschule in Brühl. Zu Stellvertretenden Vorsitzenden wurden gewählt: Jaqueline Keilhau, Georg Baumann und Horst Merscheid. Schatzmeister ist Dr. Wolfgang Neuber, sein Stellvertreter und Schriftführer Georg Böhner. Weitere Beisitzer wurden Frank Brock, Nadine Heuser, Dr. Jürgen Höser, dr. Rudolf Lauff, Jan Mollenhauer, Ellen Schmitz sowie Michael Wiecki.

MIT Dinslaken: Betriebsbesuch und Neuwahlen

Im Anschluss an eine Firmenbesichtigung der Bäckerei Schollin, die 32 Filialen und 55 Schulbistros betreibt, wählte die MIT Dinslaken ihren Vorstand neu. Der Vorsitzende Dr. Hans-Rudolf Jürging und sein Stellvertreter Dr. Kai Uwe Heddenhausen sowie Schatzmeisterin Manuela Fellmeth und Schriftführer Willi Cihak wurden in ihren Ämtern bestätigt. Zwei neue Beisitzer unterstützen den geschäftsführenden Vorstand bei der Arbeit.

MIT Erkrath mit neuem Vorstand

In Ihrer letzten Jahreshauptversammlung hat die MIT Erkrath ihren alten Vorstand weitgehend bestätigt. So führt Michael Kümhof als Vorsitzender mit Helmut Rohden als seinem Stellvertreter die MIT durch die nächsten zwei



Von links: Mark Schneider, Hermann A. Blum und Michael Kümhof

Jahre. Unterstützt werden sie weiterhin durch den Geschäftsführer Mark Schneider und den Schatzmeister Thorsten Spelter. Lediglich bei den Beisitzern gab es eine Veränderung: Hermann A. Blum scheidet aus dem Vorstand als Beisitzer aus privaten Gründen aus. Hermann Blum war vor rund zehn Jahren treibende Kraft, die MIT Erkrath aufleben zu lassen und unterstützte sie seitdem mit Herz und Seele. Folgerichtig wurde er nun aufgrund seines Einsatzes von der Landes-MIT zum Ehrenmitglied ernannt und erhielt die silberne Ehrennadel. Zu weiteren Beisitzern wurden Stephan Friedrichs, Dr. Jörn Herold und Martin Hilverkus gewählt.

Klaus Jürgen Buse führt die MIT Werne

Einstimmig bestätigt die MIT Werne ihren Vorsitzenden Klaus Jürgen Buse im Amt. Ebenso wurden erneut sein Stellvertretender Vorsitzender Wilhelm Neuhaus und sein Geschäftsführer Ekkehard Dürr ohne Gegenstimmen

wiedergewählt. Außerdem bestimmte die Mitgliederversammlung Kornelia Dithmer, Thomas Brune, Bruno Bispinghoff, Hubert Bispinghoff, Michael Zurhost, Georg Laurenz, Ulf Klaverkamp, Gerhard Walters und Josef Steinkuhl sowie Dr. Christoph Stiens zu Beisitzern im Vorstand. Carl Reckers bleibt als Ehrenvorsitzender Mitglied im Vorstandsgremium.

MIT Korschenbroich wieder mit Vorstand

Robert Jordan heist der Nachfolger von Johannes Kronen als Vorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung Korschenbroich im Rhein-Kreis Neuss. Nach längerer Pause zwischen den beiden Vorsitzenden wurde nun der Verband in Korschenbroich wieder aktiviert. Dies ist Teil einer neuen Offensive der MIT im Rhein-Kreis Neuss und dessen Vorsitzenden Jens Hartmann, wieder komplett alle Stadt- und Gemeindeverbände mit aktiven Vorständen zu besetzen: „Mit der Vorstandswahl in Korschenbroich wurde nun der erste Schritt zu einem Neuanfang hier getan.“ Jordan hat mit Wirtschaft viel am Hut, denn er arbeitet bei der Stadt Grevenbroich in der Stabsstelle Wirtschaftsförderung. Jordan: „Mit Netzwerk-Treffen möchte ich Gelegenheiten zur Begegnung schaffen. Unternehmer sollen bei der MIT auch mit anderen gesellschaftlichen Gruppen zusammenkommen.“ Der 59jährige Jordan wird zukünftig unterstützt durch seinen 35jährigen Stellvertreter, den Steuerberater Marcus Lenders, sowie durch die Beisitzer Ansgar Heveling MdB, Wilderich Kalthoff und Klaus-Peter Schöttke.

Aus dem Landesverband

„Frauen in der Wirtschaft“ und bei der MIT

Die Gleichbezahlung von Frauen war das Thema beim ersten Treffen der neugegründeten MIT-Arbeitsgruppe „Frauen in der Wirtschaft“. Weitere Themen, zu denen die Unternehmerinnen eine intensive Diskussion anstoßen möchten, sind der Wiedereinstieg von Frauen in den Beruf und der gravierende Fachkräftemangel. „Es ist Zeit, dass es endlich für gleiche Leistung auch gleichen Lohn und verbesserte Wiedereinstiegsmöglichkeiten für

Frauen in den Beruf gibt“, sagt AG-Sprecherin Melanie Purps. Die Frauen-Fußball-WM zeige, wie gravierend die Gehaltsunterschiede zwischen Männern und Frauen zum Beispiel auch im Profifußball seien. Hierzu und zu vielen anderen Themen plant die Arbeitsgemeinschaft bereits Veranstaltungen und will aktiv in der MIT mitmischen. Interessierte Frauen aus der Wirtschaft, die mitmachen wollen, können sich an die Landesgeschäftsstelle wenden.



Die AG „Frauen in der Wirtschaft“ unter Leitung von Melanie Purps (ganz links) will im CDU-Wirtschaftsflügel Politik mit gestalten.

Kluge Konzepte statt zu früher Jubel!

„Chaostage in der Landesregierung“ titelten die Gazetten. Andere sahen Chaostage im Landtag und kritisierten alle Seiten gleichermaßen. Sicherlich: In Nordrhein-Westfalen hat sich nichts zum Guten gewendet seit Rot-grün regiert und sich von der Linken tolerieren lässt. Die Wirtschaftsverbände sind verunsichert. Die Gesetzesvorhaben – vom Gemeindefinanzierungsgesetz bis zum Windkrafterlass – spalten und führen nicht zusammen. Der Landeshaushalt verletzt die Verfassung. Er strotzt nur so von Ausgabensteigerungen beim Personal und bei Bürokratiekosten. Sparbemühungen sucht man vergeblich. Nach einem Jahr der Regierung ist der zur Schau gestellte Optimismus der SPD verfliegen. Politische Erfolge für die SPD und die Grünen sind nur noch mit der Linken möglich und dann meist zu Lasten von Bürger und Staat.

Norbert Röttgen hat im Sommerinterview beim WDR deutlich gemacht, dass er lösungsorientiert die Oppositionspartei führt, dass er aber auch bereit ist, die CDU neu zu positionieren, wo nötig. Unsere Grundsätze und Werte werden wir dabei bewahren.

Als jemand, der selbst 16 Jahre in der Landespolitik Verantwortung trug und als finanzpolitischer Sprecher manche Schlacht mit Sozialdemokraten wie Neuber und Rau schlug, die mit Bra-



Hartmut Schauerte, Landesvorsitzender der MIT NRW chialgewalt das Land nach Ihrem Gusto formen wollten, muss ich feststellen, dass heute nach einem Jahr Minderheitsregierung bei der SPD mehr gepusht und getrickst wird als damals. Dass die SPD bewusst und zum wiederholten Male parlamentarische Regeln und gute Sitten verletzt, ist eine Charakterlosigkeit sondergleichen. Wer kurz vor Weihnachten die Kommunen mit einem Gemeindefinanzierungsgesetz über den Tisch zieht, scheint Angst vor ernsthaften Kompromissen zu haben. SPD und Grüne sind sich nicht zu schade, alle Tricks auszupacken, die es braucht.

Dabei geht es nur um die Umsetzung der eigenen Verschuldungsphilosophie, nach der man heute ordentlich das Land

ruiniert, um in 20 Jahren eine geträumte Rendite zu erhalten. Die alten Freunde von den Gewerkschaften sollen erneut zum Blockade- und Machtinstrument werden. Das Vergaberecht wird mit Sozialromantik überladen. Der Wirtschaftsminister bleibt eine unbekannte Größe und Herr Borjans sucht neue Freunde beim Verfassungsgericht.

Aber für Jubelgeschrei gibt es auch auf unserer Seite keinen Grund. Die Menschen werden zunehmend verstehen, dass diese schwache Regierung auch schwache Politik abliefern. Wir als Opposition müssen uns aber auch noch mehr als Alternative anbieten. Dabei ist ein gutes Konzept oft besser als Presseinterviews und -mitteilungen am laufenden Band. Unsere Kommunikation muss den Finger in die Wunde legen und gleichzeitig sagen, was wir besser machen würden.

Vor allem müssen wir zusammenstehen. Die CDU hat nach den quälenden Monaten nach der Wahlniederlage nun die Chance, mit neuen Themen und neuen Botschaften wieder Anerkennung in NRW zu gewinnen. Unsere politische Kultur hat durch Mitgliederentscheid und offeneren Diskussionsformen dazu gewonnen. Darauf können wir stolz verweisen. Jeder kann nun an seinem Platz dabei helfen oder stören um des Störens Willen: Alle die helfen wollen – die sind nun gefragt!

Impressum

Herausgeber: Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU NRW

Redaktion: Klaus Gravemann (verantwortlich), Stefan Simmnacher

Postfach 20 02 80, 40100 Düsseldorf, Wasserstraße 5, 40213 Düsseldorf, Tel.: 02 11-1 36 00 43/44/45, Fax: 02 11-1 36 00 42/8 54 95 97

Internet: <http://www.mit-nrw.de>, e-mail: info@mit-nrw.de

Verlag & Gestaltung: Mittelstands-Verlags-gesellschaft mbH, Martin-Luther-Straße 2-6, 53757 Sankt Augustin, Tel.: 022 41/91 33-0, Fax: 91 33 33

Druck: Evers-Druck, Meldorf